



JETZT ERST RECHT!

21.-26. September 2023: Politische Aktionswoche für ein Atomwaffenverbot

Argumentationshilfe für dein Gespräch mit Abgeordneten

Im September möchten wir mit euch gemeinsam viele neue Unterschriften für die ICAN-Abgeordnetenerklärung für ein Atomwaffenverbot sammeln und Unterzeichnende zu mehr Engagement auffordern. Auf den folgenden Seiten haben wir einige Argumentationshilfen zusammengetragen sowie einige Tipps für ein erfolgreiches Gespräch.



Du möchtest mitmachen und deine*n Abgeordnete*n im Europaparlament, Bundestag oder Landtag ansprechen?

Auf nuclearban.de/jetzt-erst-recht/ findest du weitere Informationen und einen [Leitfaden](#), wie du deine Abgeordneten online findest und anschreiben kannst.



Du weißt nicht genau, wie du ein Gespräch mit deinem*deiner Abgeordneten am besten angehst oder eine überzeugende Nachricht verfasst?

In diesem Abschnitt haben wir einige Tipps zusammengestellt, wie du ein Gespräch vorbereiten und aufbauen kannst. Im nächsten Abschnitt findest du einige Argumentationshilfen für das Gespräch.

Die Grundlagen: wie gehe ich eine Nachricht an?

Überlege dir zuerst, ob du deine*n Abgeordnete*n um ein Gespräch bitten möchtest oder lieber eine Nachricht mit deinem Anliegen schreibst. In beiden Fällen gilt natürlich: freundlich und professionell bleiben! Deine Nachricht kommt – zusammen mit vielen anderen – zunächst bei den Mitarbeitenden im Abgeordnetenbüro an. Die freuen sich über einen netten Tonfall, unhöfliche Anfragen werden hingegen schneller abgebügelt.

1. Um ein Gespräch bitten: Schreibe eine Nachricht mit der Bitte um ein Gespräch und erwähne darin bereits dein Anliegen (anrufen geht natürlich auch immer!). In vielen Wahlkreisen gibt es auch Bürger*innensprechstunden, die du nutzen kannst. Die meisten Gespräche dauern etwa 30min. Falls der Termin nicht in der Aktionswoche liegt: kein Problem, die Woche soll die ICAN-Abgeordnetenerklärung wieder in den Fokus rücken. Aber Gespräche und Nachrichten sind keinesfalls auf diese Woche beschränkt!
Solltest du nach etwa einer Woche noch nichts gehört haben, dann kannst du im Büro anrufen und nachfragen. Die Büros bekommen viele Anfragen, da kann mal etwas liegenbleiben. Es ist zudem immer schwierig, einen Termin zu bekommen. Lass dich von eventuell langfristigen Terminvorschlägen nicht verunsichern.

2. Eine Nachricht schreiben: Wenn du nicht um ein Gespräch bitten möchtest, kannst du deinem*deiner Abgeordneten natürlich auch eine Nachricht mit der Bitte schreiben, die ICAN-Erklärung zu unterzeichnen. Beherrze in der Nachricht auch die folgenden Punkte. Es gibt für Nachrichten keine perfekte Länge. Nimm für dein Anliegen ruhig ein wenig Raum ein, schweife aber nicht zu sehr aus und bringe deine Argumente lieber auf den Punkt. Bedenke, dass die Büros viel zu tun haben. Solltest du nach zwei Wochen noch keine Antwort haben, kannst du im Büro freundlich nachfragen.

Überzeugend und authentisch: wer bist du als Person?

Es gibt unglaublich viele verschiedene Menschen, die sich gegen Atomwaffen einsetzen und sie haben ganz verschiedene Gründe für dieses Engagement. Wenn du das Gespräch vorbereitetest oder deine Nachricht schreibst, dann überlege dir am besten zwei Dinge:

1. Welche spezielle Perspektive oder Überzeugungskraft bringe ich mit?
Wir haben uns ganz bewusst dagegen entschieden für die Aktionswoche eine E-Mail für alle vorzuformulieren, denn jeder Mensch bringt eine eigene Perspektive und Expertise mit. Diese sind für Abgeordnete interessant, denn sie verleihen deinen Aussagen Individualität und Überzeugungskraft. Überlege dir deshalb vor deinem Gespräch/deiner Nachricht, wer du bist und wo deine Überzeugungskraft liegt.
*Bist du Arzt*Ärztin?* Argumentiere mit den Auswirkungen von Atomwaffen(test) auf die Gesundheit der Menschen.
Büchel ist nah zu deinem Wohnort? Beschreibe, warum du dich von den dortigen Waffen bedroht fühlst.
Du bist auch für das Klima aktiv? Gehe auf die Folgen von Atomwaffen und der nuklearen Kette für die Umwelt ein.
Und so weiter...
2. Warum engagiere ich mich gegen Atomwaffen?
Diese Frage überschneidet sich natürlich zum Teil mit der vorherigen. Aber vielleicht reichen die Gründe für dein Engagement über die vorherigen Überlegungen hinaus? Bring gerne deine persönlichen Hauptargumente gegen Atomwaffen ein. Auch als Arzt*Ärztin kannst du schließlich besorgt sein um die Zukunft deiner (Enkel-)Kinder.

Die „richtigen“ Themen ansprechen: wer ist dein*e Abgeordnete*r?

Genauso wie du deine eigene Perspektive und Expertise in das Gespräch/die Nachricht einbringst, hat natürlich auch dein Gegenüber Arbeitsbereiche und Interessen. Schau dir am besten an, zu welchen Themen dein*e Abgeordnete*r arbeitet und beziehe dich darauf. Natürlich gehen Atomwaffen uns alle etwas an. Aber wer sich noch nicht damit beschäftigt hat, schiebt sie gerne in die Außen- und Sicherheitspolitik. Schau deshalb, welche Verbindung es zu den Themenbereichen des*der Abgeordneten gibt oder welches zusätzliche Engagement er*sie angibt.

Dein Abgeordneter sitzt im Ausschuss für Menschenrechte? Beschreibe die Menschenrechtsverletzungen, die die gesamte nukleare Kette mit sich bringt.

Deine Abgeordnete ist beim THW aktiv? Erkläre, warum sie im Falle eines atomaren Angriffs oder Unfalls nicht helfen könnte.

Versuche auf diese Weise zu vermitteln, warum gerade dein*e Abgeordnete sich für das Atomwaffenverbot einsetzen sollte! Natürlich musst du keine umständlichen Erklärungen probieren, warum Sport und Atomwaffen zusammenhängen und alle Bereiche der Person mit nuklearer Abrüstung verknüpfen. Doch in den allermeisten Fällen findet sich schnell mindestens ein guter Grund!

Nur für Gespräche: persönlichen Aufhänger finden

Wenn du in ein Gespräch gehst, dann schau in der Biographie des*der Abgeordneten nach einem persönlichen Einstieg. Da es sich um den*die Abgeordnete deines Wahlkreises handelt, gibt es sicherlich etwas. Habt ihr die gleiche Schule besucht? Oder wohnst du neben dem Sportverein, den er*sie immer noch unterstützt? Oder ihr macht beide gerne Urlaub in Chile? Solltest du etwas finden, dann sprich es kurz an, das bricht bereits zu Beginn das Eis. Aber nicht vergessen: das eigentliche Thema ist der Atomwaffenverbotsvertrag...

Last but not least: das Danach

Eine kleine Enttäuschung gleich vorweg: es ist unwahrscheinlich, dass dein*e Abgeordnete*r die ICAN-Abgeordnetenerklärung direkt bei/nach eurem Gespräch oder der Nachricht unterschreibt. Oftmals braucht es mehrere Gespräche und die Abgeordneten müssen sich erst mit dem Thema auseinandersetzen. Versuche in deinem Gespräch, deinem Gegenüber „die Angst zu nehmen“, indem du andere prominente Beispiele aus der gleichen Partei nennst, die die ICAN-Erklärung bereits unterzeichnet haben! Dennoch ist es – gerade aktuell aufgrund des Ukrainekrieges – für viele Abgeordnete schwer, eine Selbstverpflichtung wie diese einzugehen. Genau deshalb ist es wichtig, dass sie immer wieder davon hören, von unterschiedlichen Seiten, gerade auch aus ihren Wahlkreisen. Nutzt die Politische Aktionswoche für einen ersten Kontakt, für einen weiteren Baustein oder vielleicht sogar für das entscheidende Gespräch: man weiß nie, wann der Funke überspringt. Und auch falls es nicht mit einer Unterschrift endet: ihr tragt dazu bei, dass das Thema (weiter) diskutiert wird und sich mehr Abgeordnete damit auseinandersetzen!

Wenn ihr danach Lust auf mehr habt, dann bleibt dran und baut eine Beziehung zu dem*der Abgeordneten auf! Falls ihr nur einen Baustein einsetzen wollt, dann schreibt uns von eurem Gespräch und wir bleiben dran!



Du hast ein Gespräch vereinbart oder beschlossen, deinem*deiner Abgeordneten eine Nachricht zu schreiben und möchtest dafür eine Argumentationshilfe?

In diesem Abschnitt haben wir einige Argumentationshilfen zusammengestellt. Im vorherigen Abschnitt findest du Tipps, wie du ein Gespräch vorbereiten und aufbauen kannst.

Atomwaffen sind eine Bedrohung für unsere Sicherheit

Viele Menschen hatten geglaubt, das nukleare Zeitalter sei überwunden. Doch nun sind die schrecklichsten aller Waffen zurück im Bewusstsein der Öffentlichkeit: weltweite Aufrüstungspläne, Raketentests in Nordkorea und atomare Drohungen aus Moskau. Atomwaffen töten wahllos, auch die Zivilbevölkerung. Unter anderem deshalb hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Jahr 1996 ihren Einsatz für völkerrechtswidrig erklärt.

Im August 1945 wurden zwei – nach heutigen Maßstäben sehr kleine – Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. 65.000 Menschen verdampften und verbrannten auf der Stelle, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000. Unter den Überlebenden häuften sich Krebs und Erbkrankheiten, ausgelöst durch die radioaktive Strahlung.

Würde heute eine Atombombe auf eine Metropole abgeworfen, wären wohl Millionen Tote zu beklagen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes warnt, dass keine Versorgung der Überlebenden möglich wäre. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) geht zudem davon aus, dass ein regionaler Atomkrieg auch das Klima der Erde verändern könnte – Hungersnöte und Epidemien wären die katastrophalen humanitären Folgen.

Zum Weiterlesen:

IPPNW Deutschland: [Ausstellung: Hiroshima, Nagasaki](#)

IPPNW Deutschland: [Nukleare Hungersnot](#)

Die »atomare Abschreckung« ist ethisch verwerflich

Weltweit existieren mehr als 12.000 Atomwaffen; etwa 2.000 sind ständig in höchster Alarmbereitschaft. Jede davon kann Millionen Menschen töten, radioaktiv verstrahlen und noch viele Generationen später Krebs und Erbkrankheiten auslösen.

Die Atomwaffenstaaten argumentieren, die »atomare Abschreckung« diene ihrem Schutz. Wenn wir sicher sein könnten, dass kein Land jemals eine Atomwaffe einsetzt, bevor es nicht selbst mit nuklearen Waffen angegriffen wurde, entstünde eine Pattsituation. Das ist nicht nur ethisch verwerflich, weil es die Menschheit in nukleare Geiselhaft nimmt. Es ist auch nicht bewiesen, ob diese Abschreckung überhaupt funktioniert. So arbeiten die großen Atommächte spätestens seit den 1980er-Jahren daran, mit schnellen Mittelstreckenraketen oder zielgenauen »Mini-Nukes« einen Atomkrieg ohne Gegenschlag »gewinnen« zu können. Mit dem Ende des INF-Vertrages finden diese Ideen wieder Gehör. Russland und Nordkorea zeigen zudem, dass die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtswidrige Angriffskriege oder schwere Menschenrechtsverstöße möglich macht. Und nicht zuletzt führt der Glaube an die »Atomare Abschreckung« dazu, dass Staaten sich zu wenig um die frühzeitige Beilegung von Konflikten durch Vertrauensbildung und Diplomatie bemühen.

Doch Gefahr droht nicht nur von Angriffsplänen: Menschen machen Fehler, technische Systeme können versagen. Nur mit viel Glück lässt sich erklären, dass bislang keiner der zahlreichen Irrtümer und Unfälle in einer nuklearen Katastrophe endete. Solange Atomwaffen existieren, ist die Sicherheit der Menschheit bedroht!

Zum Weiterlesen:

ICAN Deutschland: [Glücksspiel Atomwaffen](#)

ICAN Deutschland: [Lasst uns Realistisch sein](#)

Atomwaffen sorgen bereits heute für weltweites Leid

Wenn es um die humanitären Folgen von Atomwaffen geht, dann denken die meisten Menschen an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki. Dabei gab es weltweit noch 2.056 weitere nukleare Explosionen – in Form von Atomwaffentests. Nicht einmal ein Jahr nach Hiroshima und Nagasaki begann die USA mit diesen Tests auf den Marshallinseln und führten sie Jahrzehnte lang weiter. Die anderen Atomwaffenstaaten testeten ebenfalls auf Testgeländen weltweit – diese lagen vor allem auf indigenem Land oder in (ehemaligen) Kolonien. Und nirgendwo wurde die lokale Bevölkerung ausreichend evakuiert, über die Folgen für ihre Gesundheit und die Umwelt informiert und für den angerichteten Schaden entschädigt. Oftmals wurden die Menschen vor Ort sogar als Versuchsobjekte missbraucht und an ihnen die Auswirkungen atomarer Explosionen auf den Menschen untersucht. Und zwar ohne eine Information über den Zweck der Untersuchung und ohne, dass damit eine medizinische Behandlung einherging.

Der Atomwaffenverbotsvertrag erkennt diese Überlebenden und ihr Leid an und beinhaltet mit Artikel 6 & 7 die Verpflichtung diese Menschen zu unterstützen und kontaminierte Gebiete zu sanieren.

Darüber hinaus verursacht bereits der Abbau des für Atomwaffen unbedingt benötigten Urans massive Probleme. Die Minen liegen ebenfalls größtenteils in indigenen Gebieten oder ehemals kolonialisierten Ländern. Die Minen haben keine ausreichenden Sicherheitsstandards. In der Folge leiden die lokalen Gemeinschaften an der Kontaminierung ihrer Umwelt und den

massiven Auswirkungen auf ihre Gesundheit. An all diesen Orten haben Atomwaffen weltweit extremes Leid gebracht – und bringen es noch immer!

Zum Weiterlesen:

IPPNW Deutschland: [To Survive is To Resist](#)

Hibakusha weltweit: [interaktive Ausstellung zu den Folgen der nuklearen Kette](#)

Das Atomwaffenverbot ergänzt den Nichtverbreitungsvertrag

Im Nichtverbreitungsvertrag (Atomwaffensperrvertrag, NVV) von 1970 erklären die Atomwaffenstaaten »in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen ... zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle«. Eine Verpflichtung, der sie bis heute nicht nachgekommen sind. Im Gegenteil: Derzeit laufen Programme, um die Arsenale aufzurüsten und einsatzfähiger zu machen! Daraus resultiert ein Ungleichgewicht, dass weitere Staaten – wie zuletzt den Iran – nach nuklearer Bewaffnung streben lässt und gefährliche Konflikte schürt.

Die atomwaffenfreien Länder und das weltweite ICAN-Bündnis haben in den letzten Jahren scheinbar Unmögliches erreicht: Die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen! Seit dem 22. Januar 2021 verbietet der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) allen Vertragsstaaten Entwicklung, Erwerb, Besitz, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit und Einsatz von Kernwaffen. Er sieht Programme zur Unterstützung der Millionen Menschen vor, die unter den Folgen von Atomtests leiden. Und er legt fest, wie die Abrüstung von Atomwaffen in beitriftswilligen Staaten organisiert wird. Bis Ende 2022 waren bereits 68 Staaten dem UN-Atomwaffenverbot beigetreten – und es werden stetig mehr. Anders als oft behauptet, steht der AVV nicht im Widerspruch zum NVV, sondern ergänzt diesen. Das bestätigt auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einer Expertise vom 19. Januar 2021.

Zum Weiterlesen:

ICAN Deutschland: [Gutachten Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags zu NVV und AVV](#)

Verbotsverträge zeigen langfristige Wirkung

Internationale Waffenverbote stoßen zunächst immer auf Widerstand. Die Erfahrung zeigt jedoch: Eine klare Ächtung ist nötig, damit Staaten beginnen, ihr Verhalten zu überdenken! Heute will kein Land mehr mit biologischen oder chemischen Waffen in Verbindung gebracht werden – Atomwaffen hingegen gelten vielerorts noch als Statussymbol. Das wird sich in den kommenden Jahren ändern.

Immer lauter werden die mehr als 150 atomwaffenfreien Staaten ihr Recht einfordern, nicht länger den Risiken von nuklearen Waffen ausgesetzt zu sein. Auch die Menschen, die bis heute unter den furchtbaren Folgen von Atomtests und Atomwaffeneinsätzen leiden, können nicht mehr ignoriert werden. Damit steigt der internationale Druck auf die Atommächte – langsam, aber unaufhaltsam.

Noch schwerer dürften die Impulse aus der Finanzwirtschaft wiegen: International agierende Banken und Fonds orientieren sich bei Entscheidungen über Investitionen in »kontroverse Waffen« oft am Völkerrecht. vielerorts prüfen Finanzinstitute schon jetzt, ob sie künftig noch in Firmen investieren, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind.

Zum Weiterlesen:

ICAN Deutschland: [Atomwaffen: Verboten](#)

Deutschland ist Teil des Problems

Auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz sind 15 bis 20 US-Atombomben stationiert. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe werden deutsche Pilotinnen und Piloten ausgebildet, diese Waffen im Kriegsfall einzusetzen. Somit ist Deutschland potenzielles Ziel und potenzieller Ausgangsort atomarer Angriffe!

Nun sollen die Bomben durch hochgerüstete US-Atomwaffen vom Typ B61-12 ersetzt werden. Zudem will die Bundesregierung das Kampfflugzeug F-35A zum neuen deutschen Atombomber machen.

Angesichts wachsender Spannungen in Europa wird immer deutlicher, dass die Atomwaffen in Deutschland keinen Schutz bieten, sondern zur Eskalation beitragen. So warnen mehrere deutsche Friedensforschungsinstitute: »Mittelfristig kann nukleare Deeskalation in Europa nur durch ein Ende der nuklearen Teilhabe erreicht werden«.

Zum Weiterlesen:

IPPNW Deutschland: [Factsheet – Die B61-12-Atombombe](#)

Die Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen

Um dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten zu können, müsste Deutschland dafür sorgen, dass die US-Atombomben vom Luftwaffenstützpunkt Büchel abgezogen werden. Mit dem Ende der nuklearen Teilhabe wäre auch die geplante, milliardenschwere Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr obsolet.

Anders als häufig behauptet könnte Deutschland jedoch unverändert Mitglied der NATO bleiben. Das bestätigen auch die ehemaligen NATO-Generalsekretäre Javier Solana und Willy Claes und mehr als 50 weitere ehemalige Spitzenpolitikerinnen und -politiker in einem Offenen Brief vom 21. September 2020.

Die Bundesregierung hat an der ersten AVV-Staatenkonferenz im Juni 2022 als Beobachterin teilgenommen – doch das genügt nicht. Dank seiner zentralen Lage und politischen Bedeutung hat Deutschland eine Vorbildfunktion. Die Regierung sollte diese nutzen, um für die Ziele des Atomwaffenverbotes zu werben. Und sie sollte ihren Worten Taten folgen lassen: Jetzt ist der Moment, alle nötigen Schritte einzuleiten, um mittelfristig die nukleare Teilhabe zu beenden und dem AVV beizutreten. Und damit ein Zeichen für Deeskalation und Frieden zu setzen.

(Danke an Ohne Rüstung Leben, die für diese Argumentationshilfe verschiedene Auszüge aus ihren Veröffentlichungen der vergangenen Jahre bereitgestellt haben.)

Wir empfehlen für weitere Informationen zusätzlich die [Webseite Atomwaffen A-Z](#)

Mach mit! Jetzt erst recht ist es an der Zeit, den Atomwaffenverbotsvertrag zu stärken!

Kontakt: Xanthe Hall, xanthe@ippnw.de
oder Roland Blach, koordination@atomwaffenfrei.jetzt

